

Kraukauer Zeitung.

Nr. 107.

Dinstag den 12. Mai

1863.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Kraukau 3 fl., mit Verendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 9 Mr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Casse Nr. 107.

VII. Jahrgang.

Insertionsgebühr im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für die erste Einrückung 7 Mr. für jede weitere Einrückung 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelber übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Nr. 10420.
Im März d. J. war der entzündliche Krankheitscharakter der vorherrschende und es kamen die Entzündungen der Athmungsorgane, namentlich der Lungenentzündung und der Group am häufigsten vor, Diphtherie, Scharlach und Tuberculose traten minder zahlreich auf.
In den h. o. Krankenanstalten wurden 576 Kranke im März behandelt, von denen 223 genasen, 37 starben, 23 ungeheilt entlassen wurden, und 293 in weiterer Heilpflege verblieben.
Im vorgenannten Monate starben in Kraukau 175 Personen, von denen der Group und Lungenentzündung die meisten hinwegraffteten.
Von der k. k. Statthaltereicommission.
Kraukau, am 2. Mai 1863.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 12. Mai.

Dieses Erkenntnis ist nach §. 16 des Gesetzes über das Strafverfahren in Presssachen vom 17. Dezember 1862 öffentlich auszusprechen und durch das Amtsblatt kundzumachen.
Wien, den 7. Mai 1863.
Der k. k. Landesgerichts-Präsident: Scharfsmid m. p.
Der k. k. Rathsecretär: Bauminger m. p.

Die „Gen.-C.“ veröffentlicht nachstehenden Wortlaut einer Depesche des Grafen Rechberg an den Fürsten Metternich in Paris und an den Grafen Apponyi in London.
Wien, 11. Februar.

Die Unruhen, welche im Königreiche Polen ausbrechen, sind natürlich ein Gegenstand lebhafter Besorgnisse für das kais. Cabinet.
Es war dringend geboten, zu verhindern, daß sich die Bewegung bis auf Galizien erstreckte, und andererseits wünschte das väterliche Herz des Kaisers, unseres erhabenen Herrn, seine Unterthanen von allen veratorischen Maßregeln verschonen, die als Zeichen eines Mißtrauens gelten konnten, welches man entfernt war, in sie zu setzen.

Die kaiserliche Regierung enthielt sich dabei ganz und gar, gelegentlich der polnischen Insurrection andere Vorsichtsmaßregeln zu treffen, als solche, welche ihr durch ihre Verbindlichkeiten gegen die russische Regierung und gegen die öffentliche Sicherheit vorgeschrieben waren.

Demzufolge ließ sie an den Grenzen eine größere Wachsamkeit anbefehlen, um allem Schmuggel mit Waffen und Kriegsmunition vorzubeugen, und um den Uebertritt aller Personen, vereinzelt und truppweise, zu verhindern, die sich mit den Insurgenten verbinden wollten.

Zugleich wurde angeordnet, jene Insurgenten, die sich auf unserem Boden flüchteten, zu entwaffnen und von den Grenzen zu entfernen.

Ebenso bemühten sich die Localbehörden Galiziens, durch weise Rathschläge die Aufregung der Geister zu beschwichtigen und durch eine zugleich feste und gemäßigte Haltung die Ungeheuer der Exaltirten niederzuhalten.

Die Action der Regierung hätte sich gerne innerhalb dieser Schranken gehalten. Als sich aber die blutigen Conflicte zwischen den russischen Truppen und den Insurgenten an unserer Gränze wiederholten, wurde es unglücklichweise sehr schwer, zu verhindern, daß sich die Bewegung auf unserm Territorium ausbreite. Es mußten einige Truppen an die Gränze geschoben werden, um ihre Unverletzlichkeit zu schützen und die Sicherheit der Landbewohner zu verbürgen.

Im Innern des Landes mußte man gleicherweise Alles anwenden, um augenblicklich allen Vorwand zu anzeitigen Manifestationen, welche Unordnung hervorrufen konnten, zu beseitigen. So wurden die Sitzungen des galizischen Landtages provisorisch geschlossen und deren Wiederbeginn auf den 2. März anberaumt. Diese Maßregel wurde überdies von den aufgeklärtesten Männern der Provinz und selbst von einflussreichen Mitgliedern des Landtages gefordert. Man konnte in der That bezweifeln, daß die politischen Leidenschaften, durch die beklagenswerthen Ereignisse in Polen aufgereizt, nicht im Schooße der Versammlung zum Ausbruche kommen, auf die Gefahr hin, dadurch die Beratungen zu verwirren und ihren natürlichen Charakter zu verkehren.

Die kaiserliche Regierung ist fest entschlossen, strenge über die Aufrechthaltung der Ordnung auf ihrem Territorium und der guten Beziehungen zu wachen, welche sie mit der russischen Regierung unterhält. Wir hoffen dies ohne Zufühensnahme von strengen Maßregeln zu Stande zu bringen, welche den hochherzigen Gefühlen des Kaisers, unseres erhabenen Herrn, widerstreiten. Wir wollen gerne glauben, daß diese wohlwollenden Absichten gewürdigt und daß die polnischen Unterthanen des Kaisers selbst durch ihre kluge Haltung die Anwendung der Principien der Mäßigkeit erleichtern werden, welche sich die kaiserliche Regierung zur Regel ihres Verhaltens genommen hat.

Wollen Sie sich im Sinne dieser Depesche aussprechen, wenn Sie in die Lage kommen, sich über die Haltung und den Standpunkt der kaiserlichen Regierung in Sachen der polnischen Bewegung zu erklären.

Empfangen Sie ic.
Auch die Pforte hat Vorstellungen zu Gunsten der Polen in Petersburg gemacht. Man hört jetzt, daß die Pforte an ihren Vertreter in Petersburg eine Depesche gerichtet hat, wodurch sie dem Schritte der drei Mächte beiträgt. Die Sprache der türkischen Depesche soll sehr gemäßigt und fein sein, und reclamirt im Interesse Europa's, dessen Wohlergehen und Ruhe nicht dabei gewinnen könne, wenn in Nachbarstaaten Unruhen angezettelt würden.

Das Reuter'sche Bureau bringt Nachrichten aus Bern vom 8. d., welchen zufolge die Schweiz auf die Einladung Englands, seine beim russischen Cabinet zu Gunsten Polens gethanen Schritte zu unter-

stützen, geantwortet hätte, es sei ihr unmöglich, irgend etwas Derartiges zu thun.

Nach einer Mittheilung der „Köl. Ztg.“ haben Frankreich und England bereits die Beratungen in Bezug auf die an Rußland zu ertheilende Antwort begonnen. Vorerst werden beide Mächte Rußland ein anerkennendes Wort für dessen Bereitwilligkeit sagen. Nach Mittheilungen der „Volkszeitung“ haben zwischen Frankreich, England und Oesterreich bereits vorläufige Unterhandlungen stattgefunden, die einen neuen diplomatischen Schritt bei dem russischen Cabinet einleiten werden. Jedoch wird auch dieses Mal jede der Mächte sich mit einer besondern Note an den russischen Hof wenden und darin specieller die Mittel angeben, welche ihrer Ansicht nach zu einer praktischen Lösung der Frage führen können. Wahrscheinlich wird man sich gegenseitig diese Noten vorher mittheilen. Frankreich wird vielleicht hierbei mit ziemlich kühnen Projecten hervortreten, während England nach wie vor den Hauptnachdruck auf die Verträge legen und Oesterreich die religiöse Frage betonen dürfte.

Nach dem Constitutionnel besteht zwischen Frankreich, England und Oesterreich in der polnischen Frage ein vollkommenes Einverständnis. Die Antwort der russischen Regierung sei keine durchaus abschlägige, da sie die Frage als eine von europäischem Interesse anerkenne und sich auf Unterhandlungen einlasse. Die Uebereinstimmung der europäischen Mächte stehe fest, und Alles berechtige zu dem Glauben, daß man in einer allerdings noch nicht festgestellten diplomatischen Form dahin gelangen werde, die berechtigten Interessen Polens, welche mit denen der Civilisation und des europäischen Friedens Hand in Hand gingen, zu wahren.

Die „France“, hält die Nachricht, daß zur Regelung der polnischen Frage Conferenzen stattfinden werden, nach dem Inhalt der russischen Antwort, für nicht unmöglich. Dieses seze jedoch voraus, daß die Mächte über die Grundlagen solcher Beratungen einig sind, dies sei jedoch noch nicht der Fall, bis dahin die Unterhandlungen noch nicht derbieten.

Die gestern erwähnte, am 8. d. im Oberhaus gehaltene Rede Ruffells ist, wie wir uns aus ihrem Wortlaut überzeugen, durch den Delegationen sehr unvollkommen charakterisirt worden; sie lautet sehr zurückhaltend, und jede kriegerische Neigung liegt ihr fern, und „Morning Post“ resumirt ganz richtig den Inhalt der ministeriellen Eröffnung mit den Worten: „Großbritannien ist nicht vorbereitet, in den Krieg zu gehen, um ein unabhängiges Polen zu schaffen.“

Der Pariser Correspondent der Morning Post schreibt: „Von Anfang an hat der Kaiser gewünscht, mit Vorsicht aufzutreten, und zumal in Uebereinstimmung mit England. Hier glaubt man allgemein, daß die englische Regierung und der größere Theil des englischen Volkes keine Lust haben, für die polnische Freiheit ins Feld zu ziehen. Frankreich befindet sich in einer anderen Lage oder es hat vielmehr andere, bestimmtere Gefühle und Wünsche. In hohen Kreisen wächst die Hoffnung, daß etwas geschehen wird. Ich höre, daß Napoleon III. von Czaren gewisse Versicherungen erhalten hat, deren Natur keine Veröffentlichung gestattet, die aber zufriedenstellend sind.“ Alles wiegt sich hier wieder einmal in Friedenshoffnungen, sowohl mit Rücksicht auf die polnische wie auf die amerikanische Frage.

Aus angeblich guter Quelle schöpft der „Gaz.“ die Nachricht, daß im Gegenzug zu den Gerichten, als ob die russische Regierung nach Ablauf des Termins vom 13. d. zu noch strengeren Maßregeln ihre Zuflucht nehmen wolle, gerade, so lange die polnische Frage in der diplomatischen Phase, nicht nur nicht strenger verfahren, sondern die Soldaten von Ausschreitungen abzuhalten suchen werde, es sei sogar von Verlängerung des Amnestie-Termins die Rede gewesen.

Die „Lemb. Ztg.“ schreibt: Seit längerer Zeit sind hiesige Journale, die sich in steter Opposition gefallen bemüht, die Bewachung unser Landesgränzen gegen das russische Gebiet zu als eine Maßregel darzustellen, die schon ein halber Kriegszustand, dazu dienen solle, einen vollständigen Kriegszustand einzuführen die das sonst in tiefster Ruhe befindliche Land aufreize und was dergleichen unaussprechlich wiederkehrende Vorwürfe mehr sind. Nach diesen Angriffen mußte man sich die selbstsanften Vorstellungen von den Anordnungen machen, die die Regierung zur Ueberwachung der Gränzen getroffen. In der That sind sie im Princip aber gar nichts Neues und der Unterschied zwischen Sept und Sonst besteht nur darin, daß die Wachsamkeit an den Gränzen, wie bei den obwaltenden

den Umständen wohl natürlich, verdoppelt wurde. Während es nach den Darstellungen dieser Blätter das Ansehen gewinnt, als habe man den Sicherheitsdienst auch im Innern des Landes geradezu dem Landvolke zur selbstständigen Ausführung übertragen, ist in der That nicht mehr geschehen, als daß man die Gränze mit Benutzung der Gendarmerie und der Finanzwache besetzen läßt, Wachen an den zum Uebergang besonders geeigneten Stellen aufstellt und diese unter einem intelligenten Führer stehenden Patronillen und Wachen mit Unterstützung der Gemeindevorstände organisirt hat, daß man die Ortswachen verstärkt hat und die Gemeindevorstände die Pflicht haben, außerordentliche Ereignisse der Behörde anzuzeigen, welche dann das Weitere zu erheben und zu verfügen hat. Nun ist es aber von jeder Sache der Gemeinde, für die Sicherheit auf ihrem Gebiete zu sorgen, bestanden seit jeher Ortswachen zu diesem Behufe, und hat der Ortsvorstand seit jeher die Pflicht, besondere Ereignisse der Behörde anzuzeigen. Wenn diese längst de jure und de facto bestehende Wirksamkeit der Gemeinden in den Gränzbezirken mehr als sonst in Anspruch genommen wird, so bedarf es dafür wahrhaftig nicht einmal einer Erklärung. Ungeachtet wiederholter, öffentlich kundgemachter Warnungen von Seiten der Regierung ist eine Partei im Lande unablässig bemüht, der Insurrection jenseits unserer Gränzen nicht nur Geld und Waffen zuzuführen, sondern auch die Blüthe des Landes in unnützem Blutvergießen dem Tode entgegenzuführen. Diesem unseligen Treiben kann nur durch die größtmögliche Wachsamkeit gesteuert werden und diese anzuwenden, hat die Regierung nicht allein das Recht, sondern auch die Pflicht. Sie muß das eigene Land und Volk vor den nachtheiligen und tiefeingreifenden Rückwirkungen schützen, welche die traurigen Ereignisse im Nachbarstaate durch die Bemühungen der unbefonnenen und tadelnswerten Agitatoren in empfindlicher Weise bei uns ausüben, — sie muß den internationalen Verpflichtungen nachkommen, welche sie vor diesen betreibenden Begebenheiten eingegangen ist. Es ist eine bedauernde Verblendung einer Partei, zu glauben, eine Mißachtung dieser bestehenden Verträge wäre ein Vortheil für die Sache, welcher zu dienen sie meinen oder vorgeben. Es liegt auf der Hand, daß Rußland dem wohlwollenden Einflusse der österreichischen Regierung großentheils oder ganz unzugänglich werden müßte, wenn diese nicht die lang abgeschlossenen Conventionen achtete und nicht eine strenge Neutralität in ihrem ganzen Umfange aufrecht erhielt. Neutralität aber könnte es weder Rußland noch irgend wer nennen, wenn eine so schwache Gränzbewachung, wie zu gewöhnlichen Zeiten einen wenig behinderten Uebertritt von Waffen, Kriegsmaterial und Menschen zur Insurrection gestattete. Der gesunde Sinn der großen Mehrzahl der Bevölkerung macht es glücklicher Weise zur Unwahrscheinlichkeit, wenn die „Gaz. nar.“ sagt diese Ueberwachung, reize das Land auf.“ Die Regierung stütze sich vermöge dieser Maßregeln auf die Waffen, statt auf die Intelligenz.“ — meint sie einandermal, als ob man zu der Verstärkung der Gränzpatrouillen, der Gränz- und Ortswachen den Klerus, die Edelleute oder den Lehrstand requiriren könnte, oder als ob man die Massen aufgefodert oder beauftragt hätte, selbstständig und nach eigenem Ermeßen zu handeln! Sollten diese Anordnungen in einzelnen Fällen mißverstanden worden sein, und Einzelne sich Uebergriffe erlaubt oder Ungehörlichkeiten begangen haben, so werden solche, so wie sie zu höherer Kenntniß kommen, sofort berichtet und den Betroffenen Gemüthsruhe verschafft werden und wir müssen mit der allerdings abgedroschenen, aber darum nicht minder wahren Redensart schließen, daß eine Ausnahme die Regel nicht umstößt und daß abusus non tollit usum.

Die „Gaz. nar.“, welche mit dem „Goniec“ immer in Hader war und noch fort ist, tritt zum ersten Mal in dessen Fußstapfen und zwar darin, daß sie gegen einen Theil der jungen Leute in Kraukau, die ein thatenloses Leben führen, geharnischt auftritt und wo möglich in kräftigen Ausdrücken den Goniec zu überflügeln sucht.

Das Duell zwischen Sigmund Wielopolski und Branicki ist, wie „Gaz. nar.“ berichtet, auf den 1. Juni l. J. verschoben worden.

Ein preußisches Blatt berichtet von einem intimen Briefwechsel, welcher neuerdings zwischen dem König Wilhelm und dem Könige von Württemberg gepflogen worden sei. Nach der „Neuen Vr. Ztg.“ handelt es sich um ein Schreiben des Königs Wilhelm worin dieser dem König von Württemberg bei Gelegenheit der Rückkehr aus Italien seine Freude ausgedrückt über die gute Wirkung, die der Aufenthalt

